

Was die Frage Gewerkschaft und Sozialdemokratie anlangt, die der Herr Vorredner zu Anfang anschnitt, so könnte man darüber einen ganzen Abend sprechen. Ich kann den Herrn Vorredner versichern, daß er über diese Frage nicht der allein Unterrichtete ist. Ich weiß, daß die Sozialdemokratie zu dieser Frage einen ständig wechselnden Standpunkt einnimmt. Da heißt es bald so, bald so, wie es den Herren paßt. Bald haben Gewerkschaft und Partei nichts miteinander zu tun; wenn es aber darauf ankommt, finden sie sich wieder zusammen. Ich kann Sie in letzterer Beziehung nur an einen Ausspruch erinnern, den der Vorsitzende des Verbandes der Gewerkschaften Deutschlands Bömelburg auf einem Gewerkschaftskongresse getan hat: Die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften sind eins.

Dr. Wegke: Herr Dr. Schlomer hat von schauerhaften Wohnungsverhältnissen in Lübeck gesprochen. Ich gehöre der Behörde für Wohnungspflege seit Anfang an, die jetzt fast sieben Jahre besteht. Gewiß, es sind im Anfang einige schaueröse Fälle vorgekommen, aber diese sind längst ausgemerzt, und seit dem letzten Jahre sind schauerhafte Wohnungsverhältnisse nicht mehr bekannt, trotzdem jetzt seit zwei Jahren eine ganze Anzahl von sozialdemokratischen Wohnungspflegern an der Wohnungspflege beteiligt sind. (Zuruf: Ziegelstraße 5.) Die Verhältnisse der Wohnung in der Ziegelstraße 5 sind mir wohl bekannt, aber sie sind jetzt bedeutend gebessert. Wenn nicht mehr Einzelfälle aufgeführt werden können, ist die Behauptung jedenfalls unrichtig.

Niemann-Schlutup: Zu der ersten Anfrage von Herrn Dr. Wittern gestatte ich mir einige Bemerkungen. Ich bin früher im Besitz eines Jagdscheines für den Breitling bis zur Herrenwyk gewesen. Ich habe keinen Wert darauf gelegt, daß er mir entzogen ist. Die beiden andern Herren legten aber mehr Wert darauf. Sie fühlen sich hauptsächlich zurückgesetzt, weil den Beamten, die früher gejagt haben, auch gesagt wurde, die Jagderlaubnis würde ihnen entzogen, während sie ihnen nachher wieder erteilt wurde. Ich kann den beiden Herren diese Zurücksetzung nachfühlen, denn sie haben hauptsächlich für die Aufsicht mit gesorgt.

Zu Ziffer VIII des Art. 21 möchte ich mir noch eine Anfrage gestatten. Zu meinem Befremden sehe ich, daß auf dem Stadtgut Karlsdorf der Teich zugeworfen ist. Der Feuericherheit wegen hätte ich lieber gesehen, wenn der Teich

ausgemoddet worden wäre, denn als vor einigen Jahren die Scheune dort brannte, haben wir den Teich sehr gut benutzen können. Es ist allerdings der Medebach in der Nähe, aber er ist im Sommer in der Regel ausgetrocknet. Karlsdorf gehört zu meinem Bezirke. Ich habe in Israelsdorf, das gleichfalls dazu gehört, dafür Sorge getragen, daß alle Teiche ausgemoddet sind, um bei einem Feuer Wasser zu haben. Hier ist der Teich zugeworfen, und das hat mich recht befremdet.

Senator Dr. Fehling: Zu dem letzten Punkte möchte ich bemerken, daß es sich nicht um einen Teich handelt, sondern um ein Wasserloch, in das alle möglichen Unratstoffe hineingeworfen wurden, so daß schlimme Ausdünstungen die Folge waren. Die Verwaltung der Domänen hat sich deshalb veranlaßt gesehen, sich mit der Baudeputation in Verbindung zu setzen, um dafür zu sorgen, daß der Übelstand beseitigt wird. Wasser hätte man daraus kaum entnehmen können, um ein Feuer mit irgendwelchem Nachdruck zu bekämpfen.

Dr. Wittern: Die Antwort des Herrn Senatskommissars bezüglich der Frage des Raßburger Sees habe ich mit Freuden begrüßt. Ich habe daraus die Hoffnung entnommen, daß, wenn die Interessenten sich nun an die Behörden wenden werden, diese sich ihrer auch annehmen werden.

Ganz außerordentlich unbefriedigend aber war die Antwort des Vertreters des Polizeiamts in bezug auf die Jagdfrage. Ich glaube nicht, daß die Bürgerschaft daran schweigend vorübergehen kann. Die Antwort war sorgfältig ausgearbeitet und lag schriftlich vor. Der kurze Sinn der Antwort war der, daß der von mir angegebene Sachverhalt in allen Punkten als zutreffend zugegeben werden mußte. Die Begründung aber, die das Polizeiamt dafür gegeben hat, daß den beiden Schlutupen Jägern, nachdem sie Jahre hindurch, fast ein Jahrzehnt, ihre Jagdkarte einwandfrei ausgenutzt haben, nun plötzlich die Karten nicht wieder gegeben sind, sondern an ihrer Stelle einer Reihe von Beamten, wirkt ja mehr als befremdend. Solches Verfahren halte ich nicht für angemessen. Und wenn gesagt wird, auf diesem Jagdrevier sei mehrfach die Jagd unerlaubt ausgeübt, und deswegen habe man nun solchen Beamten, die gleich darauf achten könnten, daß derartiges nicht geschehe, die Karten gegeben und den andern nicht mehr, so ist das ebenso unbegreiflich. Wenn das Prinzip maßgebend ist, dann müßten